



Medienmitteilung vom 11. Mai 2026 – SVP Dornach

Budget 2026 erneut abgelehnt – jetzt geht es um Verantwortung und Konsequenzen

Dornach lehnte das Budget 2026 erneut ab. Bereits im Januar scheiterte die Vorlage mit 1'065 Nein-Stimmen; am 10. Mai wurde auch das überarbeitete Budget mit 1'045 Nein-Stimmen gegen 1'008 Ja-Stimmen verworfen. Die politische Tatsache ist eindeutig: Dornach sagte zweimal Nein.

Aus Sicht der SVP Dornach ist **dieses zweite Nein innert kurzer Zeit ein klares politisches Signal**. Trotz Budgetanpassungen, monatelanger Diskussionen, sichtbarer Kampagne der Befürworter und Warnungen vor einem kantonalen Eingriff konnte die politische Führung keine Mehrheit gewinnen. Besonders bemerkenswert ist: Die Nein-Stimmen blieben praktisch stabil. Die Befürworter konnten zwar zusätzlich mobilisieren, aber den Widerstand gegen die bisherige Finanz- und Ausgabenpolitik nicht brechen. **Jetzt geht es um Verantwortung und Konsequenzen.**

In den vergangenen Jahren wurde zunehmend an der Bevölkerung vorbeipolitisiert; **kritische Stimmen wurden zu oft relativiert, belehrt oder nicht ernst genommen**. Für die SVP Dornach ist deshalb klar: Gemeindepräsident Daniel Urech trägt die strategische und politische Hauptverantwortung.

„Wer politische Gesamtführung beansprucht, muss Verantwortung übernehmen, wenn die Bevölkerung zweimal die Zustimmung verweigert. Die wiederholte Ablehnung ist Ausdruck eines Vertrauensverlusts, ein finanzpolitisches Signal und zunehmend auch Ausdruck einer politischen Führungsschwäche an der Spitze der Gemeinde.“

Die Spannungen zwischen Gemeindeführung und Bevölkerung werfen Fragen zur administrativen Steuerung, Governance und politischen Einbindung auf. Auch die Tragfähigkeit der bisherigen Budgetstrategie wurde aus Sicht der SVP Dornach offensichtlich falsch eingeschätzt.

„Im Vordergrund steht die sachpolitische und strukturelle Aufarbeitung. Persönliche Verantwortung ergibt sich aus einer sachpolitischen Krise.“

Die Ausführungen richten sich nicht gegen die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung, sondern gegen die politischen und administrativen Führungs-, Steuerungs- und Entscheidungsstrukturen. Um Vertrauen wiederherzustellen, braucht es nun:

- eine politische und administrative Aufarbeitung der Budgetablehnung;
- konkrete Konsequenzen innerhalb der Führungsstrukturen;
- eine unabhängige Überprüfung der Finanzplanung und Investitionspolitik seit 2020;
- eine Neuausrichtung des Budgetprozesses 2027 mit Fokus auf Nachhaltigkeit, finanzpolitisches Augenmass und mehrheitsfähige Prioritäten und Investitionen.

Die Bevölkerung verweigerte der bisherigen Finanz- und Führungspolitik erneut die Zustimmung. Zweimal Nein innert kurzer Zeit ist kein Zufall mehr. Wer politische Gesamtverantwortung trägt, muss daraus die richtigen Schlüsse ziehen.

„Weiter wie bisher ist keine Option mehr.“